

Abrahamson, G.

Article — Digitized Version

Einkommensverschiebungen in Großbritannien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Abrahamson, G. (1949) : Einkommensverschiebungen in Großbritannien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 31-33

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130876>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

von 1 auf 1,2 internationale Einheiten je Arbeitsstunde (Großbritannien: 0,6 i. E.). Wenn man annimmt, daß die Reallöhne etwa gleich geblieben sind, so erklärt sich leicht die sehr bedeutende Zunahme der Profite, aus denen bis 1948 bedeutende inneramerikanische Investitionen gespeist worden sind und über 20 Mrd. auswärtige Hilfszahlungen seit Kriegsende geleistet werden konnten.

REALLOHN UND MASSENWOHLSTAND

Das Gleichbleiben der Reallöhne bedeutet jedoch kein Gleichbleiben des amerikanischen Massenwohlstandes. Denn die Zahl der Erwerbstätigen hat sich vermehrt. Neue Bevölkerungsgruppen sind herangezogen worden, insbesondere die Neger. Diese waren in erheblichen Teilen der USA bisher nicht gleichberechtigt. Insbesondere empfand es die Industrie der nördlichen Gegenden seit 1941 als einen Nachteil, daß die Neger in allgemeiner Erziehung und Berufsausbildung benachteiligt werden. Da Industrie- und Landarbeiter knapp wurden, versuchte man es vielfach mit Negern und fand sie voll geeignet. Dadurch kam der Kampf um die zivile Gleichberechtigung der Neger in Gang, die durch Präsident Truman zum Wahl- und Regierungsprogramm erhoben, vom Senat jedoch vorerst zu Fall gebracht worden ist. Das Eindringen der „Zivilrechte“ in den Südosten verwandelt diesen aus einem rückständigen in ein fortschrittliches Gebiet. Dazu trug auch bei, daß die Kohlenbergleute unter Führung von John Lewis schon 1942—43 die Lohngleichheit der südlichen mit den nördlichen Revieren durchsetzten. Die Arbeitgeber des Südostens verteidigten hartnäckig die rückständigen Arbeitsmethoden, die mit Lohnerhöhung und Zivilrechten unvereinbar sind; die

Fortschrittlichkeit des Südostens wird gegen ihren Widerstand durch sozialpolitische Verbesserungen herbeigeführt.

Noch 1940 schätzten die besten statistischen und medizinischen Autoritäten, daß etwa ein Drittel der nordamerikanischen Nation, 45 Millionen Menschen, unhygienisch wohnten, unterernährt und ohne ärztliche Versorgung waren. Ein erheblicher Teil dieser Elendsmasse ist durch die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung in die moderne Industrie hineingewachsen, und dieser Vorgang dauert noch an. D. h. sie kommen in den Genuß des hohen Reallohns der führenden Industrien. Dieser Reallohn bedeutet zugleich das Hineinwachsen in den hohen Stand der naturwissenschaftlich-technischen Bildung, den die moderne Industrie und die durchindustrialisierte Landwirtschaft erfordern.

Auf dieser Grundlage beruht die Politik der Präsidenten Roosevelt und Truman, insbesondere des letzteren. Indem breite Massen neu in den nordamerikanischen Wohlstand hineinwachsen, werden sie zugleich Glieder der nordamerikanischen Demokratie. Die gesamte Arbeiterschaft erringt das vor 18 Jahren erst für einen kleinen Teil bestehende, aber damals prekäre Koalitionsrecht, und die Gewerkschaften werden zu maßgebenden politischen Faktoren, ähnlich wie in England.

Diese Entwicklung vollzieht sich nicht reibungslos, sondern unter heftigen Kämpfen. Die nordamerikanische Demokratie besitzt jedoch die Kraft, Übertreibungen des Kampfes von beiden Seiten entgegenzuwirken. Beide Parteien müssen sich vor der öffentlichen Meinung der Nation ins Recht zu setzen suchen, und sie wissen das.

Einkommensverschiebungen in Großbritannien

Dr. G. Abrahamson, London

Angesichts der Einkommensverschiebungen, die sich in Großbritannien in den letzten zehn Jahren vollzogen haben, hat man mit Recht von einer sozialen Revolution gesprochen, und künftige Generationen werden vielleicht den Umschwung in der Einkommensschichtung und seine Auswirkungen auf Lebenshaltung und Lebensstil als die bedeutendste und nachhaltigste Kriegsfolge ansehen. Die amtlichen Statistiken zeigen diesen Wandel in nackten Ziffern: Zwischen 1938 und 1948 erhöhten die Lohnempfänger ihren Anteil am Nationaleinkommen (nach Steuerabzug) von 39 auf 48%. Gleichzeitig sank der Anteil der Gehälter von 24 auf 21, der der Zins- und Mieteinnahmen von 24 auf 17%. Von 11 auf 14% erhöhte gewerbliche und landwirtschaftliche Unternehmerrgewinne gleichen den letzteren Rückgang nur teilweise aus. Man könnte fast sagen: Die Arbeiterschaft war diesmal der Kriegsgewinnler.

Gewiß ist die Besserstellung des englischen Arbeiters nicht unverdient. Die höheren Löhne und besseren Arbeitsbedingungen sind, besonders in den unterbemannten und vor dem Krieg durch Absatzmangel und Arbeitslosigkeit bedrückten Stapelindustrien, nur eine verspätete Anerkennung der Unhaltbarkeit des früheren Zustandes. Zum Teil sind sie der Ausdruck gesteigerter Anstrengungen, zunehmender Mitarbeit der Frauen, erhöhter Produktivität. Aber im Mittelstand, besonders bei den Festbesoldeten, in deren Familien die Hausfrau auch mehr und mehr zur Mitverdienerin wird, ist die Belohnung für vergrößerte Anstrengungen bisher ausgeblieben — mit dem Ergebnis, daß zwischen Arbeitern und Angestellten eine gewisse Nivellierung Platz greift, ebenso wie auf einer höheren Ebene niedrigere Kapitaleinkünfte und hohe Steuern den Grund- und Kapitalbesitzer dazu zwingen, zum aktiven Farmer oder Unternehmer zu werden.

WANDLUNGEN IM KONSUM

Es ist erstaunlich, wie wenig Warenverbrauch und Marktlage als ganzes von den Einkommensverschiebungen berührt worden sind. Die eingetretenen Konsumveränderungen entspringen meist anderen Ursachen. Man isst mehr Brot, Kartoffeln und Gemüse, um den erzwungenen Minderverbrauch von Eiweißprodukten und Süßwaren auszugleichen, und speist auch mehr außerhalb des Heims, um Rationen zu sparen. Man verbraucht weniger Kohle, die noch bewirtschaftet ist, aber mehr Gas und Elektrizität, die frei sind; fährt weniger Auto, da Treibstoff noch rationiert ist, dafür mehr auf öffentlichen Transportmitteln; trinkt weniger, aber raucht mehr; und gab bis vor kurzem mehr für Bücher und Zeitungen, für Kino, Theater und andere Vergnügungen aus, aber gibt noch immer weniger für Kleidung, Möbel und Haushaltsgegenstände aus als vor dem Kriege. Das private Budget des „Durchschnittsengländers“ hat sich also wenig verändert. Unter dem Druck hoher Steuern muß der Mittelstand ohne Haushaltshilfe auskommen, vielleicht auch in bezug auf Wohnkultur und Erziehung der Kinder sparen. Aber was man in bürgerlichen Kreisen weniger ausgibt, wird durch Mehrkonsum in Arbeiterfamilien wettgemacht. Der englische Privatverbrauch als ganzes hat sich weder seinem Umfang nach noch im Charakter wesentlich als Folge der Einkommensverschiebungen verändert.

Im übrigen zeigt sich gerade in letzter Zeit, daß die Kriegs- und Nachkriegsveränderungen im Massenkonsum großenteils nur vorübergehender Natur waren. In dem Maße, wie sich das Angebot an Gebrauchsgütern erhöht, fällt die Nachfrage nach Luxuswaren. Nachdem die Textilbewirtschaftung aufgehoben ist, spart man an Genußmitteln, Vergnügungen und andern entbehrlichen Dingen, was man für Kleidung mehr ausgeben will. Diese „unwesentlichen“ Gewerbezweige haben deshalb auch den kalten Wind der Vorkriegskonkurrenz zuerst wieder zu spüren bekommen. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man eine weitere Ausgabenlenkung für entbehrliche Waren erwartet, sobald die Lebensmittelrationierung und andere Beschränkungen abgebaut werden. Das hat auch psychologische Gründe. Nach einem kurzen inflationsartigen Tummel beginnt der Konsument nun, da sich die Schaufenster wieder gefüllt haben, den Wert des Geldes zu schätzen. Er will zu Friedensverhältnissen zurückkehren, und des Arbeiters Vorstellungen davon weichen nicht von denen des Kleinbürgertums ab. Es möchte scheinen, als ob der Arbeiter, dessen Einkommen sich dem des Büroangestellten angeglichen hat, auch dessen Lebensstandard zu kopieren wünsche, so wie der erfolgreiche Farmer und Industrielle die Lebensgewohnheiten der besitzenden Oberschicht annehmen. Eine solche Nivellierung entspricht den Wünschen der Regierung und wird von der öffentlichen Meinung derzeit gutgeheißen. Sie ergibt sich bis zu einem gewissen Grad zwangsläufig aus der Rationierung und Subventionierung von Lebensmitteln, aus der steuer-

lichen Begünstigung standardisierter Serienkleidung und in Massenproduktion hergestellter Gebrauchsgüter und aus der Einführung eines allumfassenden freien Gesundheitsdienstes und anderer sozialer Einrichtungen, die für alle offenstehen. Die Nivellierungstendenz wird andererseits auch unterstützt durch die hohe direkte und indirekte Besteuerung; insbesondere hat sich die hohe Kaufsteuer auf mehr oder minder entbehrliche Gebrauchsgüter und Luxuswaren als besonders scharfes Mittel der Bedarfslenkung erwiesen, das von der Regierung erfolgreich benutzt wird, um alle unerwünschten Extratouren des heimischen Konsumenten zu unterbinden. Solange Enthaltensamkeit das Schlagwort der britischen Wirtschaftspolitik bleibt, ist eine weitgehende Uniformierung der Güternachfrage unvermeidlich, aber dies folgt auch zwangsläufig aus der Annäherung im Lebensstil zwischen Arbeiterschaft und Kleinbürgertum.

KAPITALBILDUNG UND ZWANGSSPAREN

War die Auswirkung der Einkommensverschiebungen auf die Warennachfrage als ganzes bisher gering, so war ihr Einfluß auf finanzielles Gebiet um so größer, wie sich aus amtlichen Ziffern ergibt. Vor dem Krieg wurden 72 % des gesamten britischen Wirtschaftsaufwandes von Privatpersonen zur Deckung ihres Konsums ausgegeben. Heute sind es nur 62 %, während 18 % auf Regierungsausgaben für Waren und Dienstleistungen und die restlichen 20 % auf Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft, durch öffentliche Stellen und — zu einem sehr geringen Teil — durch Privatpersonen entfallen. Daß dem privaten Konsumenten als Ergebnis hoher Besteuerung und Kapitalbildung in der Wirtschaft nur die Verfügungsgewalt über einen so stark verkleinerten Teil des an sich vergrößerten Nationalprodukts verblieben ist, hat weitreichende Folgen. Es ist letzthin diesem Umstand zuzuschreiben, daß der Privatverbrauch als ganzes kaum über die Vorkriegshöhe gestiegen ist. Es ist ebenfalls nicht zuletzt diesem Umstand zuzuschreiben, daß die Regierung der Bevölkerung durch Lebensmittelsubventionen, freie ärztliche Betreuung, höhere Zuschüsse zur Sozialversicherung und bessere Bildungseinrichtungen zu Hilfe kommen muß; denn ohne diese Beihilfe seitens des „Wohlfahrtsstaats“ wäre ein sozialer Abstieg verdienstvoller Bevölkerungsschichten und die Vernachlässigung wichtiger sozialer Funktionen unter den obwaltenden Umständen kaum vermeidbar. Es ist eine umstrittene Frage, ob die geringe private Spartätigkeit den Staat zwingt, durch hohe Steuern einen Teil der Finanzmittel für erforderliche Investitionen zu sammeln, oder ob umgekehrt die hohe Besteuerung dafür verantwortlich ist, daß den meisten Privatpersonen in Großbritannien das Sparen sehr schwer fällt. Zweifellos haben die Einkommensverschiebungen sehr viel mit den Veränderungen in der Kapitalbildung zu tun. Die Sparfähigkeit der Einkommensschichten, die früher für Kapitalbildung sorgten, hat sich verringert, während in der jetzt besser gestellten Arbeiterschaft das Sparen

noch nicht zur Gewöhnheit geworden ist. Unter diesen Umständen muß die Regierung durch hohe Steuern für „Zwangssparen“ sorgen, selbst wenn damit eine Rückkehr zu freiwilligem Sparen um so schwieriger wird. Sie befindet sich hier in einer Zwangslage.

DER SOZIALSTAAT

Die Wechselwirkung zwischen Steuern und Sparen ist aber nicht das einzige Dilemma, in das die britische Wirtschaftspolitik durch die Einkommensverschiebungen geraten ist. In ähnlicher Weise haben sie auch die Wahl zwischen hohen sozialen Aufwendungen des Staates für Lebensmittelsubventionen usw. und einem Steigen der Lebenshaltungskosten erschwert; denn die Arbeiterschaft hat sich noch nicht zu der Erkenntnis durchgerungen, daß sie selbst durch Steuerzahlungen die Rechnung für erhöhte soziale Aufwendungen bezahlen muß und daß ihrem erhöhten Anteil am Nationaleinkommen ein erhöhtes Maß finanzieller Verantwortung entspricht. Allzu oft werden soziale Leistungen als ein Recht betrachtet, dem keine Pflichten gegenüberstehen, während direkte Steuern wohl als notwendiges Übel in Kriegszeiten, nicht aber als

dauernde Begleiterscheinung und Ausdrucksform einer höheren sozialen und finanziellen Stellung angesehen werden. Diese Einstellung wurde vom britischen Schatzkanzler bei der Vorlage des letzten Haushaltsvoranschlags scharf angegriffen, ist aber weit verbreitet.

Solange sich die britische Wirtschaft einer Vollbeschäftigung erfreut — und die Regierung wird diesem Ziel alles andere unterordnen —, wird die Arbeiterschaft ihre jetzige finanzielle Stellung behaupten. Wenn sich die industrielle Produktivität in erwartetem Umfang erhöht, sollte auch eine leichte Steigerung des Lebensstandards allgemein möglich sein, und diese würde manche der Probleme lösen, die gegenwärtig große Sorgen verursachen. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Einkommensverschiebungen zugunsten der Arbeiterschaft eine Schwächung der privaten Kapitalbildung zur Folge haben, die dem Staat eine wichtigere Funktion auf diesem Gebiete zuweist, und es ist fraglich, ob die hohe Besteuerung, die zur Erfüllung dieser Funktion und zur Bestreitung der hohen sozialen und anderen Regierungsausgaben notwendig ist, auf die Dauer wirtschaftlich verantwortet werden kann.

Preisverbilligungsaktion in Großbritannien

Dr. E. Gerwin, Forest Row, Sussex

Von einer „sozialen Revolution“ in Großbritannien zu sprechen, die ihren Anfang im vergangenen Kriege nahm und deren Abschluß noch nicht erreicht ist, kann nicht als eine Übertreibung bezeichnet werden. Denn durch verschiedene Aktionen, teils in Erfüllung konkreter öffentlicher Forderungen, teils zur Beschwichtigung latent vorhandener Unzufriedenheit, hat England einen sozialpolitischen Sprung getan, der es in die Spitzengruppe der Sozial-Staaten gebracht hat.

Es darf beim „Messen“ dieses Sprunges nicht nur an die Umwandlung des berühmten „Beveridge-Plans“ in ein staatliches Versicherungsschema gedacht werden, obwohl dieses Gesetzeswerk mit seinem Kernstück, der Gesundheitssicherung, zweifellos die wichtigste und willkommenste Veränderung bedeutet. Es müssen auch die Erziehungsreform, das Wohnbauprogramm, die Nahrungsmittelsubventionen und die übrigen Verbilligungsaktionen für Gebrauchsartikel, wie die „Utility-goods“ einbezogen werden. Und schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß diese sozialen Maßnahmen noch dadurch unterstützt werden, daß den Lohnempfängern und ihren Angehörigen ein größerer Teil des Volkseinkommens zufließt als früher.

DIREKTE EINKOMMENSUMSCHICHTUNG

Man muß sich, wenn man den Umfang der indirekten Einkommens-Umschichtung richtig erfassen will, zunächst ein Bild von der direkten Umschichtung machen. Das britische Volkseinkom-

men hat sich in den letzten zehn Jahren von 4,64 auf 9,67 Mrd. £ erhöht (ohne Abschreibungen und Gebäudeunterhaltung mit 450 Mill. £ für 1938 und 825 Mill. £ für 1948). Es ist bemerkenswert, daß der

Tabelle I

Gliederung des Einkommens aus Arbeit und Besitz (in %)

Vor Berücksichtigung der Einkommensteuer				
	1938	1946	1947	1948
Löhne	37	39	42	44
Gehälter	24	21	21	21
Wehrsold	2	7	4	3
Gewinne, Zinsen, Mieten ¹⁾	37	33	33	32
Persönliche Einkommen .	100	100	100	100
Nach Berücksichtigung der Einkommensteuer				
	1938	1946	1947	1948
Löhne	39	43	46	48
Gehälter	25	20	21	21
Wehrsold	2	8	5	3
Gewinne, Zinsen, Mieten ¹⁾	34	29	28	28
Persönliche Einkommen .	100	100	100	100

¹⁾ Einschl. Einkommen aus freien Berufen und Landwirtschaft.
Quelle: Britisches Weißbuch über Volkseinkommen und Ausgaben 1946—1948.